

Bestellpreis 4 Mark 80 Pf. einschließlich aller Postgebühren. Die Drucknummer des Monats kostet 10 Pf. ...

Gegründet 1877.



Die heutige Zeit hat ihren Namen ...

Verantwortlicher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 59 Druck und Verlag in Altensteig. Donnerstag, den 11. März. Amtsblatt für den D.-U.-Bezirk Nagold. 1920.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 10. März. Die Frage der Auflösung der Nationalversammlung und der Wahlen für den Reichstag ist nun entschieden, wenigstens in dem Sinne, daß sie nicht vor dem nächsten Herbst stattfinden werden. Graf Posadowski (D.nat.Vp.), dem der Zentrumsabgeordnete Trimborn in früheren Jahren einmal bei der Beratung einer sozialpolitischen Vorlage im Reichstag zürief: „Graf im Bart, Ihre Feind der beste“ — nämlich unter den damaligen Staatssekretären — begründete den Antrag Anshadt auf Befamntgabe der Gesegentwürfe, die die Reichsregierung der Nationalversammlung vor ihrer Auflösung noch vorlegen beabsichtigt, und auf Auflösung der Nationalversammlung auf den 1. Mai 1920. Die gewöhnlichen wähligen, sachlichen Ausführungen Posadowskis waren nicht ohne Wirkung. Er meinte u. a., nachdem die Aufgabe der Nationalversammlung, die neue Verfassung zu schaffen, gelöst sei, habe sie kein Daseinsrecht mehr. Das Volk müsse nun weiter entscheiden. Das sei die Wahrheit demokratische Auffassung. Die Mehrheitsparteien vertreten dagegen jetzt den Herrenstandpunkt. In ebenso sachlicher Weise verteidigte Reichsminister Koch den Standpunkt der Regierung. Die Auflösung der Nationalversammlung werde im Herbst erfolgen, vorausgesetzt, daß nicht plötzlich unvorhergesehene inner- oder auherpolitische Schwierigkeiten eintreten. Dann zählte der Minister noch eine Reihe von Gesegentvorlagen auf, die nach dem Wunsch der Regierung von der Nationalversammlung erledigt werden sollen. Schließlich wurde der Antrag Anshadt mit 176 gegen 60 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt. — In der Beantwortung einer Anfrage über die Notlage der Presse teilte der Vertreter der Regierung mit, die Reichsregierung werde vorläufig monatlich 10 Millionen Mark zur Senkung der Papierpreise zur Verfügung stellen unter der Voraussetzung, daß die Einzelstaaten billigeres Holz zur Papierherstellung liefern.

Minister Dr. Doll: Nachdem es gelungen ist, die Vereinfachung der Eisenbahnen in die Wege zu leiten, muß doch der Nationalversammlung daran liegen, diese Vereinfachung auch gesetzlich so bald wie möglich unter Dach und Fach zu bringen. Abg. Hoes (S.): Was wir wollen die Nationalversammlung nicht eine Minute länger zusammenhalten, als es tatsächlich nötig ist. Aber die nächsten Gesetze müssen sämtlich fertig gestellt sein und der Belagerungszustand muß bis dahin aufgehoben werden.

Abg. Trimborn (Z.): Wie sehen Neuwahlen mit großer Ruhe entgegen. Die Nationalversammlung hat verfassungsmäßig das Recht, selbst ihr Ende zu bestimmen. Für die Wahlen des Herbstes müßte ausschlaggebend sein, der zu erledigende Stoff, bezüglich dessen wir dem Minister zustimmen und ferner die Erwägung, daß die Bestimmungen unbedingt vor den Reichswahlen erledigt sein müssen.

Abg. Debusch (D.D.P.): Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes wird das Werk der Nationalversammlung als eine ruhmvolle Tat ansehen.

Abg. Heine (S.P.): Der Belagerungszustand muß sofort aufgehoben werden. Minister Doll: Wenn man am 1. Mai auseinandergehen wollte, müßte man die wichtigsten Gesetze liegen lassen bis zum Herbst. Wer trägt die Schuld daran, daß die Revolution heute in Deutschland etwas näher ihr Haupt erhebt? In erster Linie die Entente, die der deutschen Republik das Leben schwer macht. Aber daneben haben auch die Herren von den Unabhängigen und ihre kommunistischen Freunde viel dazu beigetragen, daß der Willen der Revolution wüthet. Trotz aller Hemmungen hat die Nationalversammlung rasche und gute Arbeit gemacht. Regierung und Mehrheitsparteien werden dem Haus den Kranz aussetzen mit der schwarz-rot-goldenen Schleife. Es bleibt bei der Republik und bei der Demokratie.

Abg. Heine (S.P.): Die allerwichtigsten Gesetze können bis zum 1. Mai erledigt werden. Dazu sind auch wir bereit, aber den Etat durchzusetzen, sind wir nicht bereit. In namentlicher Abstimmung über die Auflösung der Nationalversammlung zum 1. Mai wird der Antrag mit 176 gegen 60 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt. Auf eine Bemerkung des Abg. Cohn (U.S.P.) sagt Präsident Fehrenbach: Von der Niederlegung von Blumen durch Frau Dr. Schürmayer am Denkmahl Kaiser Wilhelms in der Wandelhalle des Reichstags habe ich nichts gemerkt und halte dies für ungehörig. Die Farben an dem Blumenstrauß stimmen nicht überein mit den Farben der Republik.

Abg. Frau Dr. Schürmayer (D.nat.Vp.): Ich habe Ihre (noch nicht) Gesetze nicht verlegt. Ich habe die Blumen heute morgen in aller Frühe niedergelegt, als niemand anwesend war. Ich habe mein schwarz-weiß-rot auch im Ausland mit Stolz getragen. Ich bin heute in tiefer Trauer und diese Trauer ist durch diesen Vorgang hier nicht gemildert worden. Abg. Heine (U.S.P.): Wenn die Demonstrationen sich wiederholen, werden wir dem alten Wilhelm eine rote Bollmütze aufsetzen. (Witruise.) Die Sitzung wird auf morgen nachmittag 1 Uhr vertagt.

Berlin, 10. März. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 120 Uhr und teilt mit, daß er anfänglich der am Sonntag bevorstehenden Abstimmung über beide Jonen in Schleswig in Uebereinstimmung mit den Parteiführern an die dortige Presse ein Telegramm geschickt habe des Inhalts, daß die Nationalversammlung in schleswig-schwerer Stunde den deutschen Brüdern wärmsten Gruß sende. Wo deutsch ist, müsse deutsch bleiben. Abg. der 14. März die Entscheidung bringen, die Deutschland zuverlässig erwartet. (Beifall.)

Es folgt die 3. Beratung des Entwurfs eines Reichseinkommensteuergesetzes. Zu § 12 wird ein Antrag Dr. Blum (D.D.P.) angenommen, wonach bei einem Erwerb von Grundstücken vor dem 1. August 1914 die 10jährige Frist als erfüllt gilt.

Zu § 13 entspringt sich eine Debatte über die Anträge Anshadt (D.nat.Vp.), die für den 3. März notwendigen Rückstellungen als abziehbar von den Einkünften festzusetzen und ebenso einen Teil der Beiträge für kulturfördernde, mildtätige, gemeinnützige und politische Vereinigungen.

Unterstaatssekretär Müsse tritt, die Anträge abzulehnen, wegen der Notlage des Reiches, trotzdem mancher für sie spreche. Bei der Abstimmung wird Hammelprung notwendig.

Auf Antrag der Unabhängigen wird geändert abgelehnt, über das Freibleiben von Beiträgen an kulturfördernde, mildtätige und gemeinnützige Vereinigungen. Für diesen Antrag stimmen 117 Abgeordnete, dagegen 101. Der Antrag ist angenommen.

Der Antrag, auch die politischen Vereinigungen einzubeziehen, wird ebenfalls angenommen. Der Antrag wegen der Rückstellungen wird abgelehnt. Weitere Paragraphen werden angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird ohne wesentliche Änderungen angenommen. (Gesamtabstimmung morgen.)

Es folgt die 3. Beratung des Gesegentwurfs eines Kapitalertragsteuergesetzes. Abg. Richter (D.V.): Wir müssen den ungeheuren Steuerbedarf des Reiches berücksichtigen und deshalb werden wir trotz schmerzlicher Bedenken für den Gesetz stimmen.

Zu § 2 (Bestimmung von der Steuer) beantragt Abg. Fiegler (D.D.P.) einen Zusatz, wonach auch öffentliche rechtliche Dienstleistungen, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, befreit werden.

Der Antrag wird angenommen. Weiteren Abfassen des § 3 wird nach gemeinsamen Anträgen der Mehrheitsparteien eine abgeänderte Fassung gegeben. Der Rest des Gesetzes wird angenommen. Ebenso das Gesetz in der Gesamtabstimmung.

Die 2. Beratung des Körperschaftsteuergesetzes wird fortgesetzt. — Abg. Gruber (S.) beantragt in § 10 eine Bestimmung der Toten Hand. — Unterstaatssekretär Müsse und eine Reihe von Abgeordneten sprechen dagegen. — Der Antrag Gruber wird mit 129 gegen 98 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen abgelehnt. — Der Rest des Gesetzes wird angenommen. — Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr.

Neues vom Tage.

Abmachungen über die Uebersichten.

Essen, 10. März. In den Verhandlungen wegen der Uebersicht im Bergbau wurde zwischen dem Gewerkschaftsverband einerseits und den Arbeitnehmer- und Angestelltenverbänden andererseits für den rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau vereinbart: Vom 15. März ab wird die Belegschaft unter Tage wöchentlich zweimal im Anschluß an die regelmäßige Schicht je eine halbe Uebersicht zur Erhöhung der Kohlenförderung verschaffen. Belegschaftsmitglieder über Tag verfahren, soweit erforderlich, entsprechende Uebersichten. Allen Belegschaftsmitgliedern wird für die in dieser Zeit geleisteten Uebersichten anstatt des tarifmäßigen Lohnzuschlags von 25 Prozent unter Tage ein solcher von 100 Prozent, über Tage ein Zuschlag von 50 Prozent gezahlt. Für die in dieser Uebersicht beteiligten Belegschaftsmitglieder ist folgende Zulage festgesetzt: Die wöchentliche Brotmenge beträgt einschließlich der rationierten Menge und etwaiger Schwarzarbeiterzulagen 3125 Gramm, die wöchentliche Fettmenge ausschließlich der rationierten Menge ein Pfund. Der Preis für Brot und Fett ist gleich dem der rationierten Menge. Das Abkommen gilt für alle Belegschaftsmitglieder und für alle Hohenverwaltungen. Es kann mit Frist von einer Woche zu Anfang der Woche beiderseitig gekündigt werden.

Die „Hilfsanleihe“.

Paris, 10. März. „Petit Parisien“ teilt mit, unter den Vorschlägen des Obersten Rats zur Unterstützung Deutschlands sei der besonders bemerkenswert, daß die deutsche Regierung aufgefordert werden soll, die in die neutralen Länder, namentlich in die Schweiz und nach Skandinavien verschobenen Kapitalien für den Ankauf von Lebensmitteln und Rohstoffen nutzbar zu machen.

Die Londoner „Times“ meldet aus Paris, die Wiedergutmachungskommission werde die Schadenersatzforderungen an Deutschland auf 120 bis 130 Milliarden (in Gold) „herabsetzen“.

Parteilandschaft des Zentrums.

Berlin, 10. März. Der Reichs-Parteilandschaft und der Reichsausschuß der deutschen Zentrums-Partei treten wie die „Germania“ meldet, am 18. März in Berlin zu einer Sitzung zusammen, um zu den wichtigsten politischen Fragen Stellung zu nehmen, vor allem zu dem Ergebnis im Heflerich-Prozess.

Abgelehnte Verhaftung.

Berlin, 10. März. Das Amtsgericht Berlin-Mitte hat den Antrag auf Verhaftung des Prinzen Joachim Albrecht von Preußen und des Rittmeisters von Barten abgelehnt, da weder Fluchtgefahr noch der Verdacht vorliege, daß der Tatbestand verheimlicht werde. Trotzdem wird die von Minister Koos verhängte Schanzhaft beider aufrecht erhalten.

Der Fall Nicolai.

Berlin, 10. März. Der außerordentliche Professor an der Berliner Universität Nicolai, der während des Krieges nach Dänemark desertiert ist, hatte sich über den Krieg im Kolleg in einer Weise geäußert, die den lebhaftesten Widerspruch der Studenten hervorrief. Auf die Beschwerde der Studenten leitete der akademische Senat mit Zustimmung Nicolais eine Untersuchung ein, die mit dem Urteil endete, daß Nicolai unwürdig sei, ein Lehramt an der Universität auszuüben. Der preussische Kultusminister Hähnlich hat nun das Urteil des Senats für unwirksam erklärt.

Schiedsgerichtsgesetz in Frankreich.

Paris, 10. März. Ein bei der Kammer eingegangener Gesegentwurf will die friedliche Beilegung der Streitigkeiten bei allen Arbeitseinstellungen herbeiführen. Es soll ein Schiedsgericht eingesetzt werden, das bei allen Streitigkeiten angerufen werden kann. Betrifft die Arbeitseinstellung Unternehmungen, deren Stilllegung das Wirtschaftsleben überhaupt bedroht (Eisenbahnen usw.), so muß das Schiedsgericht sein Urteil sprechen.

Streit und Reiseverkehr.

Paris, 10. März. Infolge des Streiks der Eisenarbeiter in Nordfrankreich schlägt der Minister für öffentliche Arbeiten vor, den Reiseverkehr um ein Drittel einzuschränken, die Warentransporte jedoch nicht herabzusetzen.

Erhöhung der englischen Seefrachten.

Rotterdam, 10. März. Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge beabsichtigen die englischen Reederei wegen des hohen Preises der Kohlen die Frachten um 50 Prozent zu erhöhen.

Wilson nochmals Kandidat?

Newyork, 10. März. Wilson beabsichtigt, zum dritten Mal um die Präsidentschaft zu kandidieren. Er wird den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Völkerbund als Wahlprogramm benützen.

Washington, 10. März. (Havas.)

In einem Schreiben an Senator Hitchcock erklärte Präsident Wilson, er stelle sich nur den Vorbehalten entgegen, die tatsächlich Artikel des Friedensvertrags aufheben. Amerika müsse entweder dem Völkerbund ernsthaft beitreten oder sich so würdig wie möglich von ihm zurückziehen.

Das Konfitorium.

Rom, 10. März. Am Dienstag Vormittag hielt der Paps im Vatikan ein geheimes Konfitorium ab, dem 23 Kardinäle beizuhuten. Zuvor interpellierte der Paps die Kardinäle über die Heiligsprechung der selbigelebten Gabriela della Maddalena, Marguerite Maccoque und Jeanne d'Arc. Kardinal Martinelli empfahl die Heiligsprechung. Nach Ausführungen des Papses schritt man zur Verlesung der Ernennungsdekrete und zur Verleihung der Pallien an die neuen Erzbischöfe. Nach Beendigung des Konfitoriums begab sich der Paps in den Thronsaal, um drei neuen Bischöfen die Insignien zu überreichen.

Krieg im Ofen.

London, 10. März. Die „Times“ melden aus Warschau, daß die Polen dem russischen Roten Heere eine Niederlage bei Kaleskowitz beigebracht, mehr als 1000 Gefangene gemacht und viel Kriegsgüter erbeutet haben.

Selingsfors, 10. März.

Nach einem Bericht des Sekretärs der russischen Akademie der Wissenschaften haben die Bolschewisten eine ganze Reihe der hervorragendsten russischen Gelehrten und Universitätsprofessoren ermordet.



Stuttgart, 10. März.

Der Landtag hat nach kurzer Erledigung einiger unerheblichen Beschlüssen das Gesetz über die Abänderung der Landesfeuerlöschordnung in allen drei Lesungen einstimmig angenommen.

Eine Eingabe des Eisenbahnkomitees der Industrie- und Gewerbevereine des Reichstages wurde der Regierung zur Erörterung übergeben.

Die Abänderung der Landesfeuerlöschordnung wurde der Regierung zur Erörterung übergeben, wobei Unterstaatssekretär Hölzer erklärte, die Bahn würde besser sehr teuer werden und komme für den Durchgangsverkehr nicht in Betracht.

Die Abänderung der Landesfeuerlöschordnung wurde der Regierung zur Erörterung übergeben, wobei Unterstaatssekretär Hölzer erklärte, die Bahn würde besser sehr teuer werden und komme für den Durchgangsverkehr nicht in Betracht.

Die Abänderung der Landesfeuerlöschordnung wurde der Regierung zur Erörterung übergeben, wobei Unterstaatssekretär Hölzer erklärte, die Bahn würde besser sehr teuer werden und komme für den Durchgangsverkehr nicht in Betracht.

Die Abänderung der Landesfeuerlöschordnung wurde der Regierung zur Erörterung übergeben, wobei Unterstaatssekretär Hölzer erklärte, die Bahn würde besser sehr teuer werden und komme für den Durchgangsverkehr nicht in Betracht.

Die Abänderung der Landesfeuerlöschordnung wurde der Regierung zur Erörterung übergeben, wobei Unterstaatssekretär Hölzer erklärte, die Bahn würde besser sehr teuer werden und komme für den Durchgangsverkehr nicht in Betracht.

Die Abänderung der Landesfeuerlöschordnung wurde der Regierung zur Erörterung übergeben, wobei Unterstaatssekretär Hölzer erklärte, die Bahn würde besser sehr teuer werden und komme für den Durchgangsverkehr nicht in Betracht.

Die Abänderung der Landesfeuerlöschordnung wurde der Regierung zur Erörterung übergeben, wobei Unterstaatssekretär Hölzer erklärte, die Bahn würde besser sehr teuer werden und komme für den Durchgangsverkehr nicht in Betracht.

Die Abänderung der Landesfeuerlöschordnung wurde der Regierung zur Erörterung übergeben, wobei Unterstaatssekretär Hölzer erklärte, die Bahn würde besser sehr teuer werden und komme für den Durchgangsverkehr nicht in Betracht.

Die Abänderung der Landesfeuerlöschordnung wurde der Regierung zur Erörterung übergeben, wobei Unterstaatssekretär Hölzer erklärte, die Bahn würde besser sehr teuer werden und komme für den Durchgangsverkehr nicht in Betracht.

Die Abänderung der Landesfeuerlöschordnung wurde der Regierung zur Erörterung übergeben, wobei Unterstaatssekretär Hölzer erklärte, die Bahn würde besser sehr teuer werden und komme für den Durchgangsverkehr nicht in Betracht.

Aus Stadt und Land.

Mittelsitz, 11. März 1920.

Willkommen in der Heimat! Aus franz. Gefangenschaft ist zurückgekehrt Georg Bollé, Goldarbeiter, Sohn des Verkäufers Volle von hier, nachdem er 21 Monate lang das schwere Schicksal der Gefangenschaft getragen hatte.

Das Geheimnis von Katenhoop.

Roman von D. Hill.

(86. Fortsetzung).

(Nachdruck verboten).

„Seit Wochen! Ein grenzenloses Mitleid, das sie mit diesem armen jungen Geschöpf empfand, ließ Anny das eigene Unglück schier vergessen.“

„Gegenwärtig wohl; aber ich konnte mir nicht vorstellen.“

Und dann begann sie zu erzählen, langsam, leise und mit oftmals stotternder Stimme, aber doch unwiderstehlich getrieben durch den Impuls, sich endlich, endlich einem teilnehmenden Menschen anzuvertrauen.

Sie ahnte ja nicht, wer es war, der sie da eine Beichte ablegte. Und sie begriff es deshalb auch nicht, warum das junge Mädchen plötzlich ihren Kopf in beide Hände nahm und so innig und ärtlich auf die weiße Stirn sah.

19. Sept. vertrieben und auch ihm das Pferd unter dem Reibe weggeschossen. Nach zwei Tagen fiel er, als er sich wieder ein Pferd von der Spitze der franz. Reiterei beschaffen wollte, in Gefangenschaft, der er zweimal vergeblich zu entziehen versuchte.

„Gisbrunh.“ Vom Dienstag auf Mittwoch wurde in die Stadt Turmhalle hier eingeschoben und von den zwei Sprungbädern das Pferd abgezogen.

„nw. Bernad.“ Am 9. März fand im „Waldhorn“ ein gutbesuchter Gemeinderat Abend statt, bei dem Stadt-pfarrer Geiswein einen Vortrag über die Schulfrage hielt.

„Ueberberg, 10. März.“ Auch in unserer Gemeinde ist nun der letzte Gefangene aus französischer Gefangenschaft Lehrer Friedrich Seid aus Jammeller, zurückgel. März vor Weissenstadt fiel er noch in die Hände der Franzosen.

„Kahlden, 11. März.“ (Zurückgekehrt.) Aus langer, franz. Gefangenschaft ist zurückgekehrt Adam Kern, Inf.-Reg. 126.

„Stuttgart, 10. März.“ (Verkehrssache.) Nach Stuttgart Hauptbahnhof können wegen Ueberfüllung dieses Bahnhofs bis 30. März 1920 einschließlich Brennholz, Heu und Stroh in Wagenladungen nicht zur Beförderung angenommen werden.

„Haberhausen, 10. März.“ (Ortsvorsteher und Schulgesch.) Die Ortsvorstehervereinigung des mittleren Rems- und Neckargaus hat auf ihrer diesigen Tagung folgende Entschlüsse gefasst:

„Kottwitz, 10. März.“ (Das Nachspiel.) Das Oberamt hat gegen die Stadtmusikanten und sonstigen Teilnehmer an den verbotswidrigen Karrenumzügen bei der Fastnacht Geldstrafen bis zu 80 Mark verhängt.

„Karlsruhe, 10. März.“ (Der Neckarkanal.) Im Badischen Landtag erklärte Arbeitsminister Rüdert, der Kanalbau sei ein wichtiger Bestandteil der Rhein- und Neckarwasserwirtschaft.

Die Preisüberverfassung der Wirte.

Stuttgart, 11. März. Der Landesverband der Wirte Württembergs hatte gestern seine Mitglieder in den Festsaal der Niederhalle berufen, um gegen die Verordnung der Ernährungsministeriums vom 30. Jan. 1920, betref. die Wein- und Spirituosenpreise für Erzeuger und im Ausschank zu nehmenden.

In der Aussprache, in der es teilweise recht stürmisch und bewegt zugeht, forderte Schick-Heißbrunn unter stürmischem Beifall, daß der Weg des Streiks beschritten werden müsse, wenn die berechtigten Wünsche nicht erfüllt würden.

Sie haben doch etwas, Fräulein Burkhardt, das viel, viel mehr wert ist als alles Wissen: ein gutes, reines Herz, ein Herz, das wahrhaft lieben kann.“

„Aber Kelly schüttelte schwermütig das Köpfchen.“ „Er hat mich gewiß schon vergessen.“ beharrte sie.

„Und Sie haben darauf keine Antwort erhalten?“ „Ja, mein Gott, wie ist denn das möglich?“

„Verloren gegangen?“ „Ich habe doch Herrn von Lehmann gesagt, daß das Schreiben sehr wichtig ist.“

„Mein Bruder ist der verzeckteste Menschunter der Sonne.“ meinte Anny. „Und wenn er den Brief einmal in die Tasche gesteckt hatte, denkt er sicher nicht eher daran, als bis er ihn durch einen Zufall in die Hände fällt.“

„Wenn er Sie sehr lieb hat, da braucht es ihn doch nicht zu kümmern, daß Ihr Vater einmal — einmal sich geirrt hat? Und daß Sie nicht viel haben lernen können —“

Fortsetzung folgt.



Noch einmal „Kirche und Schule.“

Von kirchlicher Seite ist über das Verhältnis von Kirche und Schule am vorletzten Sonntag Abend eine Aussprache erfolgt und im Lannblatt Bericht erstattet worden. Darauf kam nach einer Auseinandersetzung von „freikirchlicher“ Seite. Beidemal wurde die Sache vom Standpunkt der Kirche aus, also einseitig, ins Auge gefaßt. Doch hatte die erstgenannte Aussprache noch Verständnis für die Schule und ihre Interessen, wenn sie auch von der „Kirchenschule“ nicht ganz losgelassen ist, während der Artikel von H. R. die Schulidee nicht e- fest und den Streitpunkt verfehlt, also daneben gehalten hat. Es kann ihm das nicht verübelt werden, da eben die Streitfrage eine solche ist, daß zu ihrer Klärung und Lösung eben der Fachmann oder Sachverständige erforderlich ist. Und zwar handelt es sich um eine Aenderung der Schuleinrichtung und deshalb muß der Schulmann mit sprechen und mitentscheiden dürfen.

Es ist eine bekannte Sache, daß die Schule unter Leitung der Kirche stand, daß sie in ihrem Dienst arbeitete oder daß die Kirche die Schule stellvertretend mitversahen hat, kurzum daß die Schule von Anfang an bis auf die neueste Zeit Kirchenschule war. Im Lauf der Entwicklung ist von der Herrschaft der Kirche über die Schule mehr und mehr abgetrennt bis auf einen letzten, kleinen Rest im Jahr 1910 (in Württemberg). Gegenwärtig handelt es sich darum, auch diesen Rest noch wegzubringen. Wie? das ist eben die Frage, die durch die neue Verfassung mit ihrem Schulkompromiß voller Widersprüche noch schwieriger, vielleicht gar unlösbar geworden ist.

Die Kirche stand seither mit der Schule nicht, wie H. R. meint, auf Gleich und Gleich, sondern die Schule war der Kirche unterstellt und hatte mit ihr seelsorgerliche Arbeit an den Kindern als eine der wichtigsten Aufgaben zu pflegen. Das heißt nichts anderes als die Schule mußte in den Dienst der Kirche treten. Das ist herkömmlich, deshalb kann man sich nicht anders denken. Es ist auch leicht zu verstehen, wenn man vergleicht, daß auch andere Einrichtungen im Staate seinerzeit von der Kirche versehen wurden, wie z. B. die Armenpflege. Als der Staat selbständig wurde und seine Aufgaben erkannte, übernahm er Armenpflege, Krankenpflege und dergl. in eigene Verwaltung. Damit wurde die Kirche in den Stand gesetzt, die Pflege des religiösen Lebens um so besser in die Hand nehmen zu können. So sind nun längst die Universitäten und hernach die höheren Schulen, also die Pflege von Wissenschaft und Kunst, aus der Hand der Kirche genommen und in die des Staates gelegt. Ebenso soll auch die Volksschule Staatschule werden. Sie soll neben der Kirche eine selbständige Einrichtung der öffentlichen Weltordnung werden, eine eigene, ihrem Wesen entsprechende Idee oder Aufgabe verfolgen, nämlich die Einführung in die Kultur unseres Volkes, in die Volksgemeinschaft, deren allgemeine und besondere Verufe, damit dann der erwachsene junge Mensch schaffend und führend an der Weiterentwicklung teilnehmen kann. Die Religion ist auch ein Teilgebiet der Kultur und zugleich in den menschlichen Anlagen begründet, deshalb handelt es sich nicht darum, die Religion aus der Schule zu entfernen, weil sie etwa „längst schon vielen unserer Lehrer eine schwere Last geworden wäre“, — das trifft in dieser Allgemeinheit nicht zu —, sondern sie so einzugliedern, daß sie vom Lehrer als Schulreligionsunterricht, nicht im Auftrag und unter Leitung oder Aufsicht der Kirche, sondern eben im Auftrag des Staates weiter erteilt wird. Daß der Pfarrer seinen Religionsunterricht wie früher gibt, das ist bereits in der Verfassung vorgesehen. Kommt es aber zwischen Kirche und Staat, d. h. in der neuen Schulgesetzgebung zu keiner Einigung, so kann wohl dahin führen, daß die Kirche den gesamten Religionsunterricht, auch den seither vom Lehrer gegebenen, ganz zu geben hat. Ein Kirchenmann (Leaud in Stuttgart) hat in der Landeskirchentagung bereits einen stark unterstützten Antrag gestellt.

Somit handelt es sich nicht darum, „mit der Religion in der Schule aufzuräumen“. Der Hauptvertreter des Religionsunterrichts in der Schule ist der Pfarrer. Der Lehrer hat nur geschichtlichen Religionsunterricht und Memorieren (Anwendiglernen von Sprüchen und Liedern) zu besorgen. Der eigentliche oder dogmatische oder der kirchlich-konfessionelle Unterricht ging ihn nichts an. Sein Geschichts- und Memorierunterricht konnte daher von allen Schülern, Katholiken und Methodisten, genossen werden, eben weil er nicht speziell kirchlichen, sondern allgemein christlichen bzw. kulturgeschichtlichen Inhalts war. Würde nun die Kirche den Lehrern zugeben, daß sie diesen Unterricht in der Staatsschule weitergeben, nach der Verfassung sogar „nach den Grundsätzen der betreuenden Religionsgemeinschaft“ und nicht unmittelbare oder mittelbare Beaufsichtigung (Prüfung, Lehrplan, Seminarbildung) verlangen, dann wären wir Lehrer für die konfessionelle Schule (aber nicht kirchlich-konfessionelle) zu haben. Wir machen auf das Recht Anspruch, die Einrichtung der Schule nach unserer Schulidee ordnen zu dürfen, auch den Religionsunterricht und was damit zusammenhängt nach bestem Wissen und Gewissen zu regeln. Dabei sind wir uns unserer Erziehungsaufgabe den Kindern gegenüber bewußt und glauben unsere Ansicht auch den Eltern gegenüber vertreten zu können.

Wenn trotzdem eine Mehrzahl von Lehrern für die Simultanschule eintritt, so tut sie es aus schulpolitischen Gründen, weil sie kein anderes Mittel sieht, von der Kirche los und reine Staatsschule zu werden, als eben über die Schulform der Simultanschule. Sie verlangen nicht einmal die weltliche Schule, d. h. die Schule, in der kein Religionsunterricht erteilt wird. Es ist daher eine lächerliche Behauptung, daß „viele Lehrer den Glauben an Gott nicht mehr als ihre Sache ansehen“ können. Mit einer derartigen Regiererei setzt man sich immer ins Unrecht, denn es würde schwer fallen, nur auch Sinen von den Vielen nachzuweisen und schon da von Nichtglauben oder Atheismus zu reden,

wo es sich nur um eine andere Gottesvorstellung handeln kann. Uebrigens kann man sich Gott nicht vorstellen, man kann ihn nur als existierend denken. Ebenso mehrdeutig ist das Verlangen, die Bibel als Gottes Wort anzusehen. Ja, es ist „Gottes Wort“ bildlich gesprochen. Es ist aber nicht alles Gottes Wort, was zwischen den beiden Buchdeckeln steht und es ist nicht unmittelbar vom Himmel herabgesprochen, sondern durch Menschengestalt vermittelt. Wäre es nicht so, dann bedürfte es keines theologischen Studiums, müßten die Lehrer nicht jahrelang Bibellunde treiben, müßten sie nicht lernen und dementsprechend wieder lehren, daß in der Bibel Legenden („Märchen“ ist nicht der zutreffende Ausdruck) Sagen, Geschichte, Sprüche, Abhandlungen (Briefe), Gedichte (Psalmen) und größere Dichtungen enthalten sind. Wir halten auch in diesen Dingen die Wahrheit für verpflichtend und sind jedem Schwindel, auch dem „frommen Schwindel“ abhold. Eben als Lehrer sind wir der Wahrheit verpflichtet; wir sind keine Händler, die die Conjunktur ausnützen wollen.

Wenn H. R. das Gebet in der Schule „so lieb“ ist, dann möchte ich daran erinnern, daß früher in jeder Werkstatt bei Beginn der Arbeit der Meister seine Gefellen und Lehrlinge zu sich rief und mit ihnen den Morgensegens oder wenigstens den Tagespruch betete. Davon ist beim Bauern noch ein kleiner Rest zu finden, wenn er zu seinen Ochsen sagt: „In Gottes Namen, Pfl!“ Ich würde es für schön finden, wenn auch heute noch in der Werkstatt und Fabrik der Geschäftsführer etwas vorbereiten würde. Doch hat in unserer Zeit der Gewissensfreiheit niemand ein Recht, wie H. R. einseht, andere Leute zum Beten zwingen. Ja, wenn H. R. das Wort Gottes so gut kennt, wie es den Anschein hat, würde er gefunden haben, daß Jesus vom öffentlichen Gebet nicht viel gehalten und ins Kammerlein verwiesen hat. Aber die Kirchen beten. Hier gebietet es zum Kult. Ist die Schule nicht mehr ein Anhängel der Kirche, so gibt es auch keine kultische Pflicht zum Schulgebet. Dementsprechend kann also der Lehrer nicht mehr aus der Schule hinausgewiesen werden, denn in der Verfassung steht, daß die Vornahme kirchlicher Verrichtungen der Willensklärung der Lehrer überlassen bleibt.

Noch einmal kommt es zur Reherriecherei, wenn H. R. schlankwegs behauptet, daß „es viele Lehrer gebe, die ohne daß sie selbst sich das Wort Gottes zu eigen machen können, sich eine eigene Religion zurecht machen, eine Religion, bei der weder Gott noch der Geistliche etwas dreinzureden hat“. Man kann sich kaum denken, was der Verf. damit sagen will. Gott redet uns bei Gewinnung unserer Religion nicht herein, vielleicht hat er den verschiedenen Religionsstiftern herein geredet. Dann ist nur nicht begreiflich, warum es verschiedene Religionen auf der Welt gibt. Durch die Geistlichen als Diener der Kirche werden uns die religiösen Ansichten überliefert und eingepflanzt. Das war auch bei jedem Lehrer so. In der Kirche steht er eine äußere Einrichtung zum „Dienst am Wort“ und zur Pflege der Gemeinschaft. Das hebt aber die subjektive Religion nicht auf, ja nach dem protestantischen Prinzip wird jeder seines Glaubens leben. Nur bei den Katholiken tritt die Kirche für das Seelenheil des Einzelnen ein. „Eine Religion ohne den lebendigen Gott“ zu denken wäre freilich verfehlt, weil eben Religion sich auf das Verhältnis des Menschen zu Gott bezieht und, wenn Gott nicht wäre, es auch keine Beziehung auf ihn geben könnte. Haben also einzelne, jedenfalls nicht viele Lehrer, eine abweichende Ansicht in der Gottesvorstellung, so sind sie damit noch nicht religionslos; sind sie es aber, indem sie keine bestehenden Kirche beipflichten — Kirche ist aber noch nicht Religion! — so lassen sie den Kirchlichen ihre religiösen Ansichten und würden auch so vernünftig sein, in der Schule mit den eigenen Ansichten zurückzuhalten, wie das auch in der Verfassung verlangt ist. Man muß immer daran erinnern, daß der Lehrer bloß geschichtlichen Religionsunterricht gibt und die Religionslehre dem Pfarrer verbleibt.

Schließlich tritt H. R. dafür ein, daß der Lehrer nur noch Sprüche und Lieder auswendig lernen läßt und das übrige soll der Geistliche besorgen. Das läßt sich ja ganz „schiedlich-friedlich“ an, hat aber doch seine Gefahren. Der Geistliche hat ja „keine Zeit“ dazu. Der Lehrer hält Religionsunterricht für nötig aus kulturellen Gründen. Die Sprüche und Lieder wollen auch erklärt sein und diese Erklärung schließt sich dem geschichtlichen Religionsunterricht an oder ist selbst wieder ein Stück Religionsunterricht. Mit dem Eindringen und Einbläuen unverständlicher Sätze gibt sich die Schule nicht ab, weil sie es für unpädagogisch hält. „Fällt der Herzog, so fällt auch der Mantel“, heißt es hier. Wenn die Sprüche und Lieder allen Eltern ein so hohes Gut wären, wie H. R., so würden sie selbst dafür Sorge tragen, daß ihre Kinder zu Hause diese Sprüche lernen würden, aber wir Lehrer machen die Erfahrung, daß sich das Haus herzlich wenig darum kümmert, daß die Sprüche und Lieder auch wirklich gelernt werden. In früherer Zeit hat man sich auf die Nachhilfe von zu Hause verlassen können und daher viel mehr dieses kostbaren Gutes auswendig gelernt. Das ist eben gegenwärtig nicht der Fall. In der Schule die Zeit dazu zu nehmen, geht auch nicht, und ohnehin haben die Kinder noch manches andere zu lernen. Daher hat man seither am Memorierstoff immer wieder gestrichen oder davon dem Geistlichen überwiesen. Es handelt sich hier durchaus nicht um Gefühl, um aufgeflossene Ansichten, sondern um jahrelange Erprobung und Studium der Verhältnisse. Auch böser Wille oder Unlittigkeit kommt nicht in Betracht, sondern allein die Einsicht in das, was die Schule soll und kann und wie sie den vielerlei oft widersprechenden Anforderungen, die an sie gestellt werden, gerecht zu werden vermag. Dabei kann es ihr nicht gleichgültig sein, welcherlei Anklagen in der Öffentlichkeit gegen die Lehrer erhoben werden. Auch sollte ihm nicht ein Wechsel auf Pflichtverhältnis zum voraus ausgestellt werden.

J. L. Jetter.

Vermischtes.

Generalmajor Graf v. Pfeil, der Führer der Brigade Pfeil, die an den Kämpfen im Osten teilnahm, ist nach einem Telegramm aus Breslau in der Nähe seines Gutes bei Goldentraum in Oberschlesien tot aufgefunden worden. Es steht noch nicht fest, ob ein Unglücksfall oder ein Verbrechen vorliegt.

Der Eisene Hindenburg in Amerika? Das Standbild Hindenburgs, das vor der Siegessäule zu Berlin stand, soll in die Hände von Schiebern gelangt sein, die es nach Amerika verkauft haben, wo es zum Zwecke der Schaufelung von Ort zu Ort wandern soll.

Berliner Brotpreis. Der Preis des gewöhnlichen Brotes von 1900 Gramm wurde in Berlin auf 2,65 Mark, der des Krankenbrotes von 1600 Gramm auf 2,55 Mark festgesetzt.

Juwelendiebstahl. In einer Pension in Berlin wurde dem Vertreter einer Hanauer Juwelenfirma, Kaufmann Wallerstein, eine Tasche gestohlen, die Uhren und Juwelen im Werte von mehreren Millionen enthielt.

Kirchenraub. In der Garnisonkirche in Döberitz haben Diebe außer einer Reihe weniger wertvoller Gegenstände, einen Teil der aus Zinn bestehenden Orgel Pfeifen gestohlen.

In dem Dorfe Gerstenberg (S.-Altenburg) wurden aus der Kirche 1 silbernes Taufbeden, 2 silberne Altarleuchter, 1 Altardede, 1 Altar- und 1 Taufsteinbekleidung von hohem Wert gestohlen.

Der Zirkus Sarafani wurde auf der Fahrt von Hamburg nach Breslau bei Hagenow-Land von schwerem Mißgeschick betroffen. Während der Fahrt brach eine Achse des offenen Eisenbahnwagens und die darauf befindlichen zwei Zirkuswagen mit wertvollem Inhalt wurden auf das andere Gleis geworfen. Ein aus entgegengesetzter Richtung kommender Güterzug fuhr in die Wagen hinein und zertrümmerte sie vollständig. Bei den „Reinigungsarbeiten“ wurden die gesamte Ausrüstung der Künstler und sonstige Gegenstände teilweise gestohlen.

Millionenschwindel im Musikalienhandel. Dieser Tage ist man einem großen Millionenschwindel im Musikalienhandel auf die Spur gekommen. Der Berliner Musikverleger Birnbach, bei dem die Klavierausgaben einer Anzahl moderner Operetten-Schlager erschienen, bemerkte seit einem Vierteljahr einen auffälligen Rückgang des Absatzes. Bei den Nachforschungen stellte es sich heraus, daß eine Schieberbande von 18 Personen die Musikalien in Nachahmungen hatte drucken und verkaufen lassen. Davon ist nicht nur der Verlag Birnbach, sondern fast alle größeren Musikverlage getroffen worden, die auf diese Weise um Millionenbeträge geschädigt worden sind.

Handel und Verkehr.

Vom württ. Holzmarkt. Während der jüngsten Zeit hat nur eine beschränkte Zahl von Reduktionsoverläufen in den Forsten stattgefunden. Es zeigte sich aber im allgemeinen ein sehr starker Rückgang. Daher kommt es auch, daß die Versteigerungen flotten Bestände nahmen und hohe Preise brachten, zumal der Wettbewerb bei den einzelnen Verkäufen sehr stark war. Das Schwarzwaldförstamt Klosterreich nach brachte 2750 cbm, Fichten und Tannenholz und 1100 cbm Kiefer, wobei der Schwerpunkt auf 1. u. 2. Klasse lag; der Erlös belief sich auf 188.000 der neuen Tagespreise. Im Forstamt Ravensburg wurden letzten 1100 cbm Fichten- und Tannenstämme mit 88% der Rückschläge bewertet. Das Forstamt Juelstein brachte 140 cbm zu 818% der neuen Rückschläge ab, sie betragen 1. Kl. 120 M., 2. Kl. 105 M., 3. Kl. 90 M., 4. Kl. 75 M., für Fichten- und Tannenstämme 1. Kl. 200 M., 2. Kl. 190 M., 3. Kl. 160 M., 4. Kl. 115 M., 5. Kl. 90 M., 6. Kl. 75 M., für das cbm. ab Wald. Die Nachfrage nach Eichenstämmen war sehr lebhaft. Für Eichen 3.-5. Kl. wurden 289,26 bis 1710 M. das cbm. erzielt. Auch nach Rothbucheinstämmen trat sehr großer Begehrt auf. Es wurden in den Staatsverwaltungen gezahlt für Rothbucheinstämme 1. Kl. 694,80 bis 1083,20 M., 2. Kl. 617,60 bis 1025,65 M., 3. Klasse 540,40 bis 1008 M., 4. Kl. 493,20 bis 793,35 M., 5. Kl. 510 bis 601 M. für das cbm. ab Wald. Nach Eichenstammholz wurde an dauernd gefragt, das Angebot erweist sich aber als klein. Das Forstamt Kraich wurde 3. Kl. zu 601 M., 4. Kl. 480 M., 5. Kl. 300 M., 6. Kl. 190 M. für das cbm. ab. Bei einem Verkauf im gleichen Forstamt stellten sich die Preise für Eichenstämme 3. u. 4. Klasse auf 280-284 M., 5. Kl. 190 M., 6. Kl. 185 M., das cbm. Kieferstämme wurden bei einem Verkauf im Heilbrunn für 5. Kl. mit 297 M. und 6. Kl. mit 264 M. das cbm. bewertet.

Legte Nachrichten.

BBZ. Berlin, 11. März. Wie dem „Berl. Tageblatt“ berichtet wird, erdigte die Februartagung der Abgeordneten-Kammer von Preußen mit hiesigen Zusammenkünften, in deren Verlauf 20 Abgeordnete schwer verletzt und einige getötet wurden. Unter den Toten befindet sich auch der Kammerpräsident.

BBZ. Berlin, 11. März. Laut „Berl. Volksanz.“ hat die Zahl der Todesfälle in Wien in der letzten Februarwoche 1102 betragen, die Zahl der Geburten nur 453. Keine Stadt Europas weist eine gleich entsetzliche Statistik auf.

BBZ. Paris, 10. März. (Havas.) Dritte Nachmittags um 1/3 Uhr erschien der deutsche Geschäftsträger, Dr. Meyer, beim Ministerpräsidenten um ihm die Entschuldigung seiner Regierung wegen der Vorfälle die sich kürzlich in Berlin ereignet haben, zu überbringen. Millerand nahm davon Kenntnis. Ueberdies sah er sich veranlaßt, die Aufmerksamkeit des deutschen Vertreters auf andere Vorfälle gleichen Charakters zu lenken, die ihm in der letzten Zeit gemeldet worden seien. Er fügte bei, daß diese Dinge sich vielleicht nicht ereignet hätten, wenn die deutschen Behörden mehr Raschheit und Energie angewandt hätten,



um die Gewalttätigkeiten zu haben, auf welche im Monat Dezember 1918 General Nessel und dann der Oberste Rat die Berliner Regierung hingewiesen hätten.

W.D. Paris, 10. März. Eine Aikew-Ne hat in Frankreich starken Schaden an den Obstbäumen angerichtet, deren Blüte in den meisten Gegenden sehr vorgechritten war.

W.D. Paris, 10. März. Wie der New York Herald mitteilt, lautet die Stelle des Briefes, den P. Aikew-Wilson an Senator Hughes geschrieben hat und gegen den heute Abend sämtliche Blätter protestieren, wie folgt: Die militärischen, politischen und imperialistischen Ambitionen sind keineswegs selbst bei den Völkern, zu denen wir das größte Vertrauen haben, und mit denen wir wünschen, nur noch an einem Friedenswerk zusammenarbeiten zu können, befreit. Während der Dauer der Friedenskonferenz in Paris war es klar, daß die militärische Partei Einfluß zu gewinnen suchte auf die Räte von Frankreich. Sie wurde damals befreit, aber heute ist sie an der Macht. — Der „Temps“ sagt dazu: Wir kennen nur noch einen Militarismus in Europa, das ist der, dessen Symbol augenblicklich Hindenburg ist und von dem Prinz Joachim Albrecht eines der letzten entbehrlichen Kaiser ist. Dieser Militarismus hat 1914 angegriffen. Der Temps wendet sich auch dagegen, daß Wilson etwa das Ergebnis der Kammerwahlen bahnt

interpretiere, daß in Frankreich heute der Militarismus herrsche. — Das „Journal de Debat“ sagt, der schlechte Zustand Wilsons allein rechtfertige den Mangel an Laft gewisser Stellen seines Briefes.

W.D. Berlin, 11. März. Gestern tagte der jüngst gegründete Wirtschaftsrat, um über die wichtigsten Grundlagen des deutschen Wirtschaftsbau zu beraten. Trotz aller Schwierigkeiten und Demos, schreibt die „Deutsche Allgemeine Ztg.“, läßt sich nicht bestritten, daß der Gesamteindruck unserer Wirtschaft erfreulicher ist als im vorigen Jahr und vor einigen Monaten. Das sieht man am deutlichsten auch an der Beurteilung der deutschen Verhältnisse durch das Ausland. Man kann ruhig sagen: Wirtschaftlich geht es wieder aufwärts. (Wir sehen nichts davon! D. Schriftl.)

W.D. Berlin, 11. März. Zur Lage in der Nordmark wird dem „Berl. Tagblatt“ geschrieben, daß sich die deutsche Widerstandskraft erheblich vermindert habe, nicht zuletzt durch das Ingeheiß der preussischen Regierung bei, die schleswig-holsteinischen Sonderrechte zu gewährleisten.

W.D. Berlin, 11. März. Verschiedene Morgenblätter wollen erfahren haben, daß die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung ihren Vorschlag bei der Verfassungs-

beratung formulieren, dann aber zurückgezogenen Antrag, daß der Reichspräsident vom Reichstag und nicht vom Volk gewählt werde, wieder einzubringen beabsichtige. Es verlaute, daß eine Zweidrittel-Mehrheit für diese Verfassungänderung vorhanden sei.

W.D. Berlin, 10. März. In Wernig in der Mark traf heute, wie der „Abend“ meldet, eine franz. Kommission ein, um den beim Wüldern erschossenen französischen Soldaten abzuholen, ferner ein Vertreter der Berliner Staatsanwaltschaft und drei Regierungsvertreter. Entgegen der von den franz. Soldaten ihrem Vorgesetzten abgegebenen Erklärung, daß ihr Kamerad ohne jeden Grund im Auto erschossen worden sei, stellte die deutsche franz. Kommission fest, daß der getötete französische Soldat 700 Meter vom Auto entfernt auf freiem Felde erschossen worden ist. Auf die Frage der französischen Kommission nach demjenigen, der den Franzosen geordnet hatte, erklärten die Mitglieder der Einwohnerwehr, sie könnten nicht zugeben, daß ein einzelnes Mitglied etwas für eine Tat bestrafen würde, die zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit geschehen sei. Die Franzosen teilten noch mit, daß die sieben beteiligten französischen Soldaten sofort eingesperrt worden seien.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Wanderschafherden.

Das Treiben von Wanderschafherden, die zum Zwecke des Aufsuchens von Weidestellen über mehrere Feldmarken getrieben werden, bedarf gemäß § 1 der Min.-Verf. vom 16. 12. 1912 der Genehmigung der Ortspolizeibehörde, in deren Bezirk das Treiben beginnt. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn die Seuchenfreiheit der Wanderschafherde durch ein amtärztliches Zeugnis bescheinigt ist, das nicht älter als 10 Tage ist. Dieses amtärztliche Zeugnis ist gemäß Verfügung vom 1. 3. 20 — Staatsanz. Nr. 54 — von 10 zu 10 Tagen amtärztlich zu erneuern, solange sich die Herde auf der Wanderung befindet.

Die Ortspolizeibehörden und Schafhalter werden ausdrücklich angewiesen, auf die Einhaltung dieser Vorschrift zu achten, wegen der großen Gefahr der Verschleppung von Maul- und Rausenfeuche anlässlich des Weidewechsels. Jede Wanderschafherde, deren Führer nicht im Besitze eines noch gültigen, amtärztlichen Zeugnisses ist, wäre durch Vermittlung der Ortspolizeibehörden zurückzuhalten, bis die Seuchenfreiheit amtärztlich festgestellt ist.

Das Oberamt wird gegen zuwiderhandelnde Schafhalter die strengsten Maßnahmen treffen.

Ragold, 9. März. 1920. Oberamt: Müng.

Getreidepreis-Erhöhung.

Laut Erlass der Württ. Landesgetreidestelle Stuttgart Nr. 101 vom 5. d. M. werden für die Zeit vom 16. August v. J. bis 31. März d. J. für jeden an den Kommunalverband abgelieferten Zentner Weizen, Roggen und Gerste vom Reich RM. 15 per Zentner auf den bisher vom Kommunalverband vergüteten Getreidepreis nachbezahlt.

Diese Prämie, RM. 15 per Zentner, werden wir sofort bei der Reichsgetreidestelle Berlin anfordern und, sobald wir im Besitze des Geldes sind, die Auszahlung an die Landwirte vornehmen. Nachdem die Reichsgetreidestelle diese Preis-Erhöhung zugestanden hat, hoffen wir, daß jetzt jeder Landwirt sein Viehfutter restlos bis 31. März d. J. erfüllt.

Ragold, den 10. März 1920. Oberamt: Müng.

Altensteig.

Dankfagung.

Für die während meiner langen Gefangenschaft in Frankreich seitens der verehrl. Stadtgemeinde, des Roten Kreuzes und von privater Seite erwiesenen Wohlthaten spreche ich hiermit meinen herzlichsten Dank aus.

Karl Koh.

Rochsalz, Viehsalz und Dung-Salz

bietet billigt an

E. W. Luz Nachfolger

Fritz Bühler jr., Altensteig

ALUMINIUM-KOCHGESCHIRRE und Küchengeräte finden Sie in reichster Auswahl bei niedrigen Preisen bei

Lorenz Luz jr., Altensteig, Telef. Nr. 46.

Das Württemb. Realienbuch

Neue Ausgabe, ist wieder erschienen und zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhandlung

Altensteig.

Marmelade

offen und in 25 Pfund-Eimern empfiehlt

Fr. Flaig.

Wasserglas

zum Einreiben sowie

Kernseife

empfiehlt

Schwarzwald-Drogerie

Altensteig

Telefon 41.

Altensteig.

Brautschleier

Brautkränze

Hochzeitssträuße

Vasenbuketts

Spiegelzweige

empfiehlt

Hans Schmidt

vorm. Adion.

Altensteig.

Mit Eisen

kauft fortwährend und zahlt höchste Preise

W. Beeri.

Ragold.

Grömbach.

Leimzusatz

„Ra-E“

bestes Leimstrechmittel

empfiehlt

Berg & Schmid.

Grömbach.

Zugelaufen

1 brauner langhaariger

Dachshund.

Derselbe kann gegen Entrichtung der Einrückungsgebühr und Futtergeld abgeholt werden bei

Sagbauer'scher Walf.

Altensteig.

la. Seifen = Pulver

per Pfund RM. 2 50

empfiehlt

W. Beeri.

Bereits noch neue

Reittiefel

hat zu verkaufen

wer? sagt die Expd. d. Bl.

Gesucht wird auf 1. April ein fleißiges, christliches

Mädchen

für Küche und Haushalt. Kindermädchen vorhanden.

Frau Oberst. Birk

Ragold.

Gesucht wird auf 15. März oder 1. April ein

Mädchen

für Küche und Hausarbeit bei hohem Lohn.

Hotel gold. Roß

Widdach

Altensteig.

Suche zu baldigem Eintritt ein jüngeres, bravcs

Mädchen

Frau Finanzamtman

Hiller

Verlässlicher Mann

einerlei welche Standes zum Verpach. u. Veri. v. Postpat. auf eig. Rechnung ges. Annehmung selbst. Arbeit in eig. Wohnung. Hoher Verdienst.

J. Plewa, Selsenkirchen.

Hämorrhoiden

frank. Uepl. Menschen mit entsehl. Schmerzen, Jucken, Brennen, Stechen, Quellung und Knotenbildungen. Für werdet glücklich befreit durch Sanitas-Hämo-Präparate. Verlangt sofort legendreite Auslieferung gratis vom Sanitas-Verlag Heideberg 116.

Auf Konfirmation

empfiehlt für Dekorationen farblos

Glanz-Papier

W. Rieker'sche Buchh.

Grömbach, 11. März 1920.

Codes = Anzeige.

Allen Verwandten und Bekannten machen wir die traurige Mitteilung, daß unsere liebe Gattin, Mutter, Groß- und Schwiegermutter:

Katharine Klenk

geb. Kirn

nach schwerer, kurzer Krankheit im Alter von 76 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist. Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen

der Gatte: **Friedrich Klenk, Schreiner**

die Kinder: **Joh. Klenk u. Frau Marie Schwarz Witwe**

geb. Klenk

Friedrich Klenk u. Frau Lene Dietze geb. Klenk

mit Gattin

Verdigung am Samstag Mittag 1 Uhr.

Mäufrau.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden unserer lieben Schwester, Schwägerin und Tante

Berionika Schauble

erfahren durften, sowie für die tröstlichen Worte des Hrn. Pfarrers u. den erhabenden Gesang des Gesangsvereins sagen herzlichsten Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Altensteig.

Gefang-Bücher

für Konfirmanden

in reichhaltiger Auswahl vom einfachsten bis feinsten Lederband empfiehlt

W. Kohler, Buchbinder

Möller'sche Beamenschule Oberndorf a. N.

Verwaltungs-, Verkehrs- u. Handelsschule, auch für Mädchen.